

**Haushaltsreden für 2018. Beitrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 16.11.2017. Redner:  
Andreas Schneider**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, damit ich gleich ins Thema einsteigen kann.

Unsere Vorhaben für 2018 sind:

Wir wollen die Kindergartengebührenstruktur prüfen. Ziel ist, die Betreuung für viele Eltern erschwinglicher zu machen.

Weitere Bau- und Planungsmaßnahmen in Vogelschutzgebieten lehnen wir ab! Das gilt auch für das Gartenschauvorhaben am Grafenberg. Wäre uns der Schutzstatus des Gebietes bekannt gewesen, hätten wir der Planung nicht zugestimmt.

Auch weitere Ausweisungen von Baugebieten wollen wir nicht.

Es ist uns wichtig, dass die zentralen Dienste auf den Einsatz von Pestiziden verzichten. Das ist wichtig für die Bienen, die wiederum für den Menschen sehr wichtig sind. Deshalb müssen auch bienenfreundlichen Blühflächen angelegt werden.

Wir wollen den Rad- und Fußverkehr fördern und darum z.B. prüfen lassen, ob Radschnellwege möglich sind. Große Bauvorhaben sollen mit der Anlage von Car-Sharing Plätzen einhergehen.

Wir setzen uns für mehr biologisch oder regional erzeugte Lebensmittel in Schulen und Kindergärten ein. Im Kontext der Digitalisierung liegt uns daran, Schorndorf zu einem attraktiven Standort für IT-Unternehmen zu machen.

Wir denken dabei auch an ExistenzgründerInnen.

Zur Personalpolitik: Viele Angestellte der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe arbeiten am Limit. Das gilt auch für die Spitze der Verwaltung.

Wir meinen, dass in der Stadt zu viele Projekte gleichzeitig angestoßen wurden und dies zu einem zu hohen Stress der Mitarbeiter führt. Die Fluktuation in der Verwaltung ist hoch. Das kann nicht nur als gutes Zeichen gewertet werden. Der GR sollte auf die Bremse drücken, wenn zu viel auf einmal angepackt werden soll, aber auch von der Verwaltung nicht ständig Neues verlangen. Aufgaben, die nicht in der Verantwortung der Stadt liegen, sollten kein städtisches Personal binden. So kann es geschont werden. Das gilt z.B. für die Planung der Umfahrung Miedelsbach.

Die vom OB und Herrn Englert gewünschte Stelle eines neuen Kämmerers lehnen wir ab.

Eine Kämmererstelle würde den städtischen Haushalt stark belasten. Die Haushaltssituation gibt das nicht her. Die bisherigen Begründungen für die Schaffung der Stelle reichen uns nicht als Legitimation.

Wir Grüne wünschen uns, dass wir von der Verwaltung in die Stellenplanung einbezogen werden, damit wir steuern können, dass Personal bestmöglich eingesetzt wird.

Hinsichtlich der Stadtentwicklung wollen wir den sozialen Wohnungsbau fördern. Wir wünschen uns aber eine Umkehr, was die Kultur des Wohnungsbaus angeht. Wir sind verpflichtet, dass Häuser auch ein gewisses ästhetisches Niveau aufweisen. Das ist aktuell zu oft nicht der Fall.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der Stadt Grünflächen erhalten und geschaffen werden. Und wir werden darauf achten, dass die Stadt ihren Verpflichtungen bei Ausgleichsflächen für Baugebiete nachkommt.

Der Denkmalschutz wird von uns so weiterverfolgt werden wie dieses Jahr.

Zudem wollen wir, dass die Teilorte lebenswert und attraktiv sind.

Es darf nicht passieren, dass Teilorte ihre gesamten städtischen Einrichtungen verlieren. Bei allen Entscheidungen, die für sie wichtig sind, interessiert uns die Meinung des Ortschaftsrats.

Wir begrüßen den Neubau von Kindergärten. Aus Kostengründen und Gründen der Stadtentwicklung schlagen wir vor, hierfür den Einsatz von Modulbauten zu prüfen.

Damit könnte auf punktuell veränderte Bedarfslagen reagiert werden. Module können leicht abgebaut werden und die städtischen Grundstücke dann anderweitig genutzt werden.

Für Geflüchtete müssen dringend Beschäftigungsmöglichkeiten im sozialen Arbeitsmarkt geschaffen werden. Wir fördern Anstrengungen, sie zu ehrenamtlicher Arbeit zu motivieren. Sport- und kulturelle Angebote für arme und vernachlässigte Kinder, die bislang nirgends eingebunden sind, müssen ausgebaut werden. Sowohl für Deutsche als auch Migranten.

Bei der Integration von Geflüchteten müssen Angebote gefördert werden, die die Gleichberechtigung der Frauen und ihre Bildung bei der Gesundheitsvorsorge im Blick haben.

In der Kinder- und Jugendhilfe stehen wir hinter den Personalausgaben und Aufstockungen des letzten Jahres. Von der Arbeit der Schulsozialarbeit, der Mobilen und der Offenen Jugendarbeit haben wir einen guten Eindruck. Falls in diesen Bereichen konzeptionelle Änderungen gewünscht sind, müssen diese gemeinsam mit dem Fachpersonal der Basis und den Jugendlichen auf Augenhöhe erarbeitet werden.

Die Kulturschaffenden können weiter auf unser Wohlwollen zählen. Der Stellenwert des fairen Handels in der Stadt ist zu gering, weshalb wir ihn fördern werden.

Die Stadtwerke werden sich stark verändern. Die Herausforderungen sind noch nicht alle erkennbar. Es besteht die Chance, die Energiewende so zu gestalten, dass Schorndorf energieautark wird.

Wir wollen eine ressourcenschonende Stadt in den Bereichen, Energie, Verkehr und regionale Wertschöpfung werden. Bei der Energie setzen wir weiterhin auf die Erneuerbaren. Windräder in Oberberken können einen Beitrag zur Energiewende leisten, weil sie Energie erzeugen können, wenn Solarstrom nicht zur Verfügung steht. Allerdings muss sich ihr Betrieb rechnen und Umweltauflagen müssen eingehalten werden.

Die Haushaltsslage ist schlecht. Es ist schwer, Großbeträge einzusparen. Hier und da lassen sich aber noch Posten finden, die gekürzt werden können. Einsparungen erhoffen wir uns von der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen bei der Nutzung von technischem Gerät und von der Mitwirkung des Gemeinderats bei der Gestaltung des Stellenplans.

Übrigens: In seiner Haushaltsrede formulierte der Oberbürgermeister seinen Wunsch nach einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit und Diskussion zur Stadtentwicklung.

Dafür sind wir offen und bereit.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.